

Monika Astrid Kittler

Franz-Rücker-Allee 10
60487 Frankfurt am Main
16.11.2014

**7. Tagung der 11. Synode der EKD vom 9. – 13. 11.2014 in Dresden
Bericht aus dem Ausschuss Kirche, Gesellschaft und Staat**

Schon Ende Oktober hatte sich der Ausschuss im Kirchenamt in Hannover getroffen. Im Vorfeld der Synode sollte geprüft werden, welche Aufgaben weiter verfolgt, welche Themen von Ausschussmitgliedern eingebracht werden könnten und welche Anträge bereits zu Beginn der Synodaltagung vorliegen würden. Im Wesentlichen kristallisierten sich vier Beschlussvorschläge heraus, für die der Ausschuss federführend verantwortlich war:

1. „Demokratie leben“: Das Programm „Demokratie leben- Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend wurde mit Blick auf den 70. Jahrestag der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz von der Synode sehr begrüßt. Zugleich haben die antisemitischen und rassistischen Ausschreitungen in diesem Jahr deutlich gezeigt, dass wir weiterhin entschlossen und fortdauernd allen menschenfeindlichen Äußerungen innerhalb unserer Gesellschaft entgegen treten müssen. Deshalb bat die Synode der EKD den Rat der EKD sich dem Deutschen Bundestag gegenüber dafür einzusetzen, dass das Budget des Programms „Demokratie leben“ von derzeit 30,5 Millionen Euro erheblich aufgestockt wird. Die Bundesarbeitsgemeinschaft „Kirche und Rechtsextremismus“ empfiehlt ein Budget von 70 Millionen Euro.

2. „Flüchtlinge im Süden Europas“: Schon seit mehreren Tagungen ist die Situation von Flüchtlingen im Süden Europas ein dringendes Anliegen der EKD Synode. Aus diesem Grund hat sie sich die Erklärung der Konferenz für Diakonie und Entwicklung zu eigen gemacht (http://www.diakonie.de/media/2014-10_16_Erklarung-EWDE-Konferenz-Fluechtlinge.pdf). In ihrem Beschluss bat die Synode den Rat der EKD sich gegenüber der Bundesregierung und den europäischen Institutionen dafür einzusetzen, dass 1. ein Seenotrettungsprogramm installiert wird, das mit „Mare Nostrum“ in Umfang und Ausrichtung vergleichbar ist, 2. mehr legale Wege für Schutzsuchende nach Europa eröffnet werden, 3. ein gemeinsames europäisches Aufnahmeprogramm insbesondere für syrische Flüchtlinge geschaffen wird und 4. vorangetrieben wird, dass positive Asylentscheidungen in der EU gegenseitig anerkannt werden und sich Schutzberechtigte innerhalb der EU frei bewegen und niederlassen können.

3. „Willkommenskultur für Flüchtlinge“: Im Rahmen des Berichtes über die Umsetzung der Beschlüsse der 6. Tagung der 11.Synode der EKD 2013 wurde beispielhaft und dankbar das Engagement unserer Landeskirche erwähnt. Die Vernetzung von Flüchtlingsseelsorge und Beratung, das Engagement in Kirchengemeinden und Dekanaten, die Arbeit des DW Hessen und die Hilfe in Krisenregionen, vor allem im Mittleren und Nahen Osten werden auf der Ebene der EKD deutlich wahrgenommen.

Auf diesem Hintergrund bat die Synode den Rat der EKD sich dafür einzusetzen, dass der Bund gemeinsam mit den Ländern dafür sorgt, Standards für menschenwürdige Flüchtlingsunterkünfte sicherzustellen. Darüber hinaus soll dem Schutzbedürfnis alter, kranker, behinderter, traumatisierter und minderjähriger Flüchtlinge in besonderer Weise Rechnung getragen werden. Den Flüchtlingen soll ein materielles Existenzminimum gewährleistet werden und ein Zugang zu Gesundheitsversorgung, Bildung und zu Angeboten der Freizeitgestaltung und des Arbeitsmarktes ermöglicht werden. Die Fluchtursachen der ca. 50 Millionen Menschen, die nach dem Bericht des UNHCR im Jahr 2013 ihre Heimat verlassen mussten, sind sehr komplex. Und die Aufnahme von Flüchtlingen ist keine Ausnahme mehr, sondern eine dauerhafte Aufgabe. Deshalb ist es nötig, die Flüchtlinge in eine Kultur des Willkommens einzubetten.

4. „Maßnahmen gegen Menschenhandel mit Flüchtlingen“: Immer mehr Menschen fliehen auf gefährlichen Routen vom Horn von Afrika. Seit 2009 gibt es Berichte, wonach diese Menschen von Räuberbanden gekidnappt und an Menschenhändler verkauft werden, die nach Angaben der UN einem der weltweit grausamsten Netzwerke des Menschenhandels angehören. Die Opfer kommen vor allem aus Eritrea (95%), dem Sudan, aus Äthiopien und Somalia. Von den etwa 60.000 afrikanischen Flüchtlingen, die es in den vergangenen Jahren illegal über die ägyptische Grenze geschafft haben sind ca. 7.000 in Folterkammern auf dem Sinai misshandelt worden, mehr als 4.000 Menschen haben die Tortur vermutlich nicht überlebt. Viele sterben, obwohl ihr Lösegeld von erpressten Familien bezahlt wurde, Unzählige verschwinden einfach.

Auf diesem Hintergrund wird der Rat der EKD gebeten, sich gegenüber der Bundesregierung für eine konsequente Strafverfolgung des Menschenhandels und für eine verstärkte Zusammenarbeit mit Interpol einzusetzen. Darüber hinaus soll durch die UN untersucht werden, welche Rolle eritreische Behörden im organisierten Menschenhandel spielen. Zudem sollen Ermittlungen von Europol zum Fluss von Lösegeldzahlungen aus der EU in die Region aufgenommen, stärkere Sicherheitsvorkehrungen zum Schutz von Flüchtlingslagern getroffen und weitere Entwicklungshilfe für Eritrea an die Verbesserung der Menschenrechtslage in diesem Land gebunden werden.

Auf der Tagung wurde den Synodalen ein Vorabdruck des **„Atlas zur Gleichstellung von Frauen und Männern in der evangelischen Kirche in Deutschland“** vorgelegt. Er ist vom Studienzentrum der EKD für Genderfragen herausgegeben worden, wird augenblicklich überarbeitet und soll im Januar 2015 veröffentlicht werden. Die vorliegenden Daten, vor allem die Feststellung, dass Leitungsgremien auf der mittleren kirchlichen Ebene seltener von Frauen besetzt werden, hat die Synode dazu bewegt, den Rat zu bitten, dass das Studienzentrum damit beauftragt wird, die Anforderungsprofile auf der mittleren Leitungsebene der Kirche zu analysieren und danach zu fragen, wie die Organisationskultur gestaltet werden kann, damit Männer und Frauen gleichermaßen Führungsverantwortung übernehmen können